



Trump in der Kritik

Der Hoffnungsträger Nr. 1 der US-Republikaner gerät unter Druck. **Seite 8**

Foto: dpa/Max Whittaker

Polizei erschießt Islamist

Ermittler in Berlin schließen gezielten Anschlagversuch nicht aus. **Seite 9**

Olympia im Detail

Hamburgs Pflichtenheft ist 273 Seiten lang. **Seite 18**

Foto: dpa/Christian Charisius



Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 18. September 2015

70. Jahrgang/Nr. 218

STANDPUNKT

Das PC-MG

René Heilig macht sich Gedanken über deutsche Cyberfähigkeiten

Es geht um Überlegenheit, Heimtücke hat einen großen Stellenwert. Wie schon immer, wenn Bewaffnete ihre Kräfte messen. So läuft das auch im Cyberkrieg. Nur dass man statt eines Abzugsbügels am Maschinengewehr die Enter-taste der PC-Tastatur benutzt und feststellt, dass Cyber- so unendlich sauberer ist als herkömmliches Analoggemetzel. Weder sieht man Blut, noch riecht es nach Verwesung, wenn man in feindliche Stellungen eingebrochen ist. Rein statistisch merkt der Gegner ohnehin erst 205 Tage nach einem Computerangriff, dass und wie er getroffen wurde.

Angriff? Wer redet von angreifen! Jeder nimmt doch nur das Recht auf Selbstverteidigung wahr – gegen staatliche und nichtstaatliche Akteure. War das je anders, als man den Abzugsbügel benutzte oder davor Speere warf? Noch ist der Krieg im Internet zumeist ein kalter. Er richtet sich gegen die Logistik von Terroristen, heißt es. Wer das ist? Auf jeden Fall ein Konkurrent um die Macht. Noch tastet man andere ab, spioniert einander aus, um Schwachstellen zu finden und herkömmliche Waffen zu steuern. Doch schon jetzt reicht ein ultimativer Tastendruck, um Talibangruppen oder ganze Staaten lahmzulegen. Via Börsenkrach oder beim wortwörtlichen Ausschalten kritischer Infrastrukturen. Das ist keine Erfindung durchgeknallter Filmautoren, das wird trainiert. Längst hat das Wettrüsten begonnen. Wie einst bei Atom- oder C-Waffen.

Deutschland will sich wappnen, um den Anschluss nicht zu verpassen. Wie weit wird man Völker- und Verfassungsrechte biegen? Und wer wird das zulassen?

UNTEN LINKS

Immer wieder liest man in der Presse von den unglücklichsten **Erscheinungen**, bei denen dreiste Journalisten uns vorgaukeln, es handele sich um real existente Dinge: vom angeblich immer wieder in unzugänglichen Bergregionen Spuren hinterlassenden Schneemenschen Yeti etwa, dem sagenumwobenen Monster von Loch Ness oder dem linken Flügel der SPD. Dabei sollte allen vernunftbegabten Menschen doch klar sein, dass es solche bizarren Phänomene nicht geben kann. Andererseits wird einiges, das für alle offensichtlich ist, von den Medien bis heute verheimlicht. Beispielsweise die Tatsache, dass unsere Politik und unsere Nachrichtenendungen längst von Außerirdischen vom Planeten El (A. Merkel, S. Gabriel, P. Kloeppel) gesteuert werden. Die BRD wurde am 23. 5. (2 + 3) 1949 (1 + 9 + 4 + 9 = 23) gegründet. Die Reichstagskuppel ist 23 Meter hoch. Und die Zahl der Abgeordneten im Bundestag, deren Nachname mit »-el« endet, beträgt genau 23. Alles »Zufall«? *tb-El*

ISSN 0323-3375



4 19862 501709

Tsipras' Bewährung

Am Sonntag wählen die Griechen zum zweiten Mal in diesem Jahr. Gewinnt SYRIZA noch einmal?



Foto: dpa/Orestis Panagiotou

Berlin. Für die Griechen sind es die zweiten Wahlen in diesem Jahr und es geht es um viel: um die Zukunft von SYRIZA; darum, wer in den nächsten Jahren welche Politik unter den Bedingungen des Memorandums macht; auch um die Möglichkeiten einer europäischen Linken, den mühsamen Weg der Bildung eines Gegengewichts in der EU zu gehen.

Der Wahlsieg von Alexis Tsipras im Januar war mit großen Erwartungen verbunden. »Sowohl strategisch als auch taktisch lagen wir falsch«, sagt Giorgos Chronos heute, langjähriges Mitglied der SYRIZA-Führung. Es habe sich erwiesen, dass das Ziel, »die Kür-

zungspolitik in nur einem Land unter Bedingungen eines Wirtschaftskrieges und widrigen Machtverhältnissen zu verändern, eine Niederlage erlitten hat«. War es nur eine Niederlage für Tsipras? Oder doch eher eine, die die ganze europäische, vor allem die deutsche Linke zu verantworten hat?

Tsipras hat mit Blick auf den Gläubiger-Deal, der der Athener Regierung im Juli in Brüssel aufgezwungen wurde, von einem »schmerzhaften Kompromiss« gesprochen und hinzugefügt: »Sie wissen, Kompromisse sind Teil der politischen Realität und auch Teil der revolutionären Taktik.«

Das sieht ein Teil der Linken in Griechenland und hierzulande anders. Die konservative Opposition in Athen ohnedies. Evangelos Meimarakis, Ex-Minister, langjähriger Parlamentspräsident mit Korruptionsfleck auf der Weste, nun Chef der Nea Dimokratia, wird von nicht wenigen griechischen Medien als Aufsteiger präsentiert. Ausgerechnet ein Mann des alten Establishments.

Die Umfragen deuten auf eine schwierige Regierungsbildung. SYRIZA hat eine Koalition mit den Konservativen ausgeschlossen. Am Sonntag heißt es wieder einmal: Griechenland entscheidet. *tos* **Seiten 2 und 3**

De Maizière will Flüchtlinge entrenchen

Bundesinnenministerium plant Leistungskürzungen und Abschiebungen ohne Ankündigung

Flüchtlingen wird das Leben in Deutschland schwer gemacht. Die Große Koalition setzt zunehmend auf Abschottung und Abschreckung.

Von Aert van Riel

Bundesinnenminister Thomas de Maizière will die Leistungen für Asylbewerber drastisch kürzen und Abschiebungen erleichtern. Ein Gesetzentwurf des CDU-Politikers sieht vor, dass diejenigen keine Ansprüche auf Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes geltend machen können, die über andere EU-Staaten nach Deutschland eingereist sind. Sie sollen demnach nur eine Reisebeihilfe in Form einer Fahrkarte und Reiseproviant erhalten.

Pro Asyl warf dem Innenministerium vor, es schicke Flüchtlinge, »die die Bundesregierung zuvor nach Deutschland einreisen ließ, in die Obdachlosigkeit und in die soziale Entrechtung«. Die

Vorlage sei verfassungswidrig, weil Sozialleistungen unter das soziokulturelle Existenzminimum abgesenkt würden, erklärte der Geschäftsführer der Flüchtlingsorganisation, Günter Burkhardt. Der Entwurf sieht vor, dass Flüchtlinge, die wegen »selbst verursachter Abschiebehindernisse« nicht ausgewiesen werden können, Arbeitsverbote erhalten und ebenfalls den Anspruch auf Sozialleistungen verlieren.

Künftig soll nach dem Willen des Innenministeriums »nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise der Termin der Abschiebung nicht angekündigt werden, um die Gefahr des Untertauchens zu verringern«. Die Höchstdauer der Aussetzung von Abschiebungen durch die Länder werde von sechs auf drei Monate reduziert.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) darf bei Asylbewerbern, die unter die Dublin-Regelung fallen, weiter Abschiebungen anordnen, ohne

die Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise einzuräumen. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht. Betroffen sind Asylbewerber, die in das EU-Land zu

»Das Innenministerium schickt die Flüchtlinge in die Obdachlosigkeit.«

Günter Burkhardt, Geschäftsführer Pro Asyl

rückkehren müssen, das sie bei ihrer Flucht als erstes betreten haben. Der Präsident des BAMF, Manfred Schmidt, trat derweil »aus persönlichen Gründen« zurück. Die Behörde stand in der Kritik, weil es nicht gelungen war, die Kapazitäten zur Bearbeitung von Asylanträgen zügig auszuweiten. Das schlechte Management des BAMF zeigt auch die Antwort des

Innenministeriums auf eine Frage der LINKE-Abgeordneten Caren Lay, die »nd« vorliegt. Demnach wurden in diesem Jahr mit dem Nachtragshaushalt 750 weitere Planstellen bewilligt, aber zu Beginn dieses Monats waren erst 330 dieser Stellen besetzt. »Für die offenbar schleppende Einstellungspraxis habe ich wenig Verständnis«, erklärte Lay. Monatelange Wartezeiten seien die Folge. Im Sinne einer schnellen Integration von Asylbewerbern müssten die Stellen sofort besetzt werden.

Das Europaparlament sprach sich unterdessen für die Umverteilung von 120 000 Flüchtlingen in der EU nach einem Quotensystem aus. Die Staats- und Regierungschefs wollen am Mittwoch zu einem Sondergipfel zusammenkommen. Dabei soll es aber nicht um Verteilungsfragen gehen, sondern unter anderem um den Umgang mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge.

Seiten 4, 6, 7, 9, 13, 14 und 19

Bundeswehr stellt Cybertruppe auf

Aufbaustab gebildet – bald 15 000 Experten unter einem Kommando

Berlin. Die Bundeswehr rüstet ihre Cybertruppen auf und führt bestehende Einheiten und Kompetenzen zusammen, um auf zunehmende digitale Angriffe angemessen reagieren zu können. Ziel ist es, eine neue Qualität zu erreichen und neben Heer, Luftwaffe und Marine möglicherweise eine spezielle Truppe aufzustellen. Zunächst werde es im Ministerium einen Aufbaustab geben, später fasst man notwendige Einheiten an ihren Standorten unter dem Cyber- und Informationsraumkommando zusammen.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erließ am Donnerstag einen entsprechenden Tagesbefehl. Darin wird erläutert, dass die Bundeswehr in Sachen Cyber-technologie auf mindestens zwei Arten betroffen sei: Erstens sei der Cyberraum bereits heute »ein fester Begleiter konventioneller Operationsführung« und stelle – wie bislang Land, Luft, See und Weltraum – eine eigene Dimension dar. Zweitens handelt es sich bei der Bundeswehr um »eine hochgradig vernetzte, zunehmend digitalisierte Großorganisation, die sich schützen muss«.

Im Verteidigungsministerium betont man vor allem die Notwendigkeit der Abwehr von Angriffen. Doch seit Jahren wird auch Angriff trainiert. Im Kommando Strategische Aufklärung bei Bonn gibt es rund 60 Informatiker, die das Eindringen in fremde Netzwerke üben. Demnächst rechnet man mit größeren Dimensionen. Es geht um die Zusammenführung von rund 15 000 militärischen und zivilen Cyberkämpfern. *hei* **Seite 5**

Opposition klagt in Karlsruhe

LINKE und Grüne fordern Herausgabe der geheimen NSA-Selektorenliste

Berlin. Mit einer Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wollen die Fraktionen von Linkspartei und Grünen die Bundesregierung zur Herausgabe der NSA-Selektorenliste zwingen. So soll gesichert werden, dass dem vom gesamten Parlament eingesetzten Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der bislang größten Spionageaffäre, bei der mit Hilfe des BND weltweit Millionen Daten offenbar auch illegal abgegriffen wurden, alle notwendigen Beweismittel zur Verfügung stehen. Zugleich geht es um die Verteidigung der Rechte der Ausschussmitglieder. Man denke dabei auch an künftige Situationen, in denen die Regierung versucht sein könnte, Parlamentariern Kontrollrechte zu beschneiden. Eine mögliche Klage soll angeblich auch die G10-Kommission erwägen. Das Parlamentsgremium entscheidet über Eingriffe in den Kommunikationsverkehr und ist offenbar vom BND im Interesse der NSA hintergangen worden.

Die aktuelle Organklage sei nicht »von der gewöhnlichen Art«, meinte der Verfahrensbevollmächtigte der Opposition, der Kieler Anwalt Wolfgang Ewer, am Donnerstag in Berlin. Viele in dem Schriftsatz angeführte Unterlagen sind geheim. Ewer und vermindert vor der Presse daher die Darstellung von Details. *nd* **Seiten 4 und 5**

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Kuba: Der Papst, die Ritter der Tafelrunde und die Gedanken der Menschen zur Transformation

Flüchtlinge: Pilotprojekt zur Integration in die Wissenschaft

Athen: Falsche Versprechen zugunsten der Banken